



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XV/270 - 28. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Mit der SPD in eine bessere Zukunft</u>	
	<u>Was getan werden muss</u>	83
	Von Prof. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender Kanzlerkandidat	
3 - 4	<u>Auf dem Wege zum Volksentscheid über Algerien</u>	86
	Wettrennen in Paris	
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
5	<u>Schröder hat kein Glück</u>	26
	Frauen wehren sich gegen Dienstpflicht in Friedenszeiten	
5	<u>Ungleiche Brüder</u>	20
	Zu den Fusionsverhandlungen BHE/DP	
6 - 7	<u>Das zweite Hamburger Fernsehprogramm</u>	
	Ab 1. Januar in publikumswirksamer Form startbereit	
	* * *	
	<u>Zur Beachtung:</u> In unserer Dienstag-Ausgabe veröffentlichen wir den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft	
	<u>Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn</u>	

Was getan werden muß

Von Prof. Carlo Schmid,

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und
stellvertretender Kanzlerkandidat

Die Sozialdemokraten, die das Dritte Reich überlebt haben, haben sich von ersten Tage nach dem Zusammenbruch an mit den Jungen zusammengetan, die wie sie fühlten und wussten, daß Deutschland nur als sozialer und demokratischer Rechtsstaat in gesicherter Freiheit leben und wiedervereint werden kann. Ohne langes Theoretisieren haben sie zugepackt, um zunächst aus der materiellen, moralischen und politischen Trümmervelt zu retten, was gerettet werden konnte, und herzurichten, was zum Neubau des Hauses der deutschen Nation verwendbar war. Dies war eine mühselige Arbeit, eine Arbeit ohne Dank, denn es mußte dabei manches aufgestört werden, und an Vollkommenheit war nicht zu denken. Man mußte schon recht froh sein, wenn es gelang, einigermaßen erträgliche Ergebnisse zu erzielen.

Als man dann in Deutschland soweit war, daß man sich über das Stadium des Aufräumens hinauswagen konnte, haben sich die Sozialdemokraten daran gemacht, alles ins Werk zu setzen, was der Erhaltung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes dienen konnte, - sie war nicht nur im Osten bedroht! - Darum haben sie die Wiedervereinigung unseres Volkes in einem ungeteilten Deutschland als vornehmstes Ziel einer jeglichen Innen- und aussenpolitik auf ihre Fahnen geschrieben. Sie haben nicht vor schweren und einschneidenden Maßnahmen zurückgeschreckt, wenn es galt, der organisierten und unorganisierten Infiltration der Bevölkerung der Bundesrepublik durch kommunistische Versucher und Verführer Paroli zu bieten.

Nach der Errichtung der Bundesrepublik bezog, die SPD im Bundestag die Stellung einer loyalen Opposition. Sie hat einen konstruktiven und fairen Kampf gegen die politischen Vorhaben der Bundesregierung geführt, von denen sie glaubte, daß sie der Entwicklung der deutschen Dinge zu immer mehr Demokratie, immer mehr mitmenschlichem Verantwortungsbewußtsein für die nicht vom Trend des internationalen Aufschwungs der Wirtschaft Begünstigten, zu immer festerem Ausbau der rechtstaatlichen Garantien und vor allem der Chancen für die Wiedervereinigung nachteilig sein könnten. Sie hat darüber hinaus aus eigener Initiative die Mehrheit des Bundestages, und damit auch die Bundesregierung, von den Bänken der Opposition aus durch ihre konstruktiven Anträge und die Eindringlichkeit, mit der sie diese vertrat, zu Zugeständnissen gezwungen, die ursprünglich ganz und gar nicht in den Absichten der Regierungsmehrheit gelegen hatten.

Diese Tätigkeit hatte ihren Wert in sich selber. Sie sollte aber darüber hinaus dazu führen, für die Entfaltung des Reichtums des deutschen Volkes an ungenützter Geisteskraft die Voraussetzungen zu schaffen ohne die jeder Ruf nach mehr Bildung bloßes Gerede bleibt.

Es liegt in der Tradition der SPD, immer bestrebt zu sein, den arbeitenden Menschen rechtlich, sozial, ökonomisch, politisch einen immer höheren Stand zu verschaffen. Der Grund dafür ist nicht in erster Linie, oder gar ausschließlich, die Absicht, den arbeitenden Menschen ein Mehr an materiellen Gütern zu verschaffen, obwohl sie auf Grund ihrer eigenen Leistungen für das Wachstum der Volkswirtschaft ein Anrecht darauf haben; der Hauptgrund für dieses Verhalten ist die Er-

kenntnis, daß die Menschen, um in die Lage zu kommen, ihre geistigen und seelischen Vermögen voll zu entwickeln, der Freiheit von Armut, von Not, von Furcht, von Zwang bedürfen. Nur der gebildete Mensch wird in der Industriegesellschaft die Fähigkeit zum Widerstand gegen den entsetzenden Sog der Maschinenwelt als freier Mensch zu erhalten.

Darum hat die SPD ihre sozialen und wirtschaftlichen Vorschläge immer mit Vorschlägen zur Ausweitung des Radius der in Deutschland bestehenden Bildungsmöglichkeiten gekoppelt, mögen sie die Schulen in engem Sinne, die Erwachsenenbildung, die Hochschulen betreffen; mag es sich um Lehre oder um Forschung handeln. Ihre Vorschläge zielen jedoch nicht nur auf eine Erweiterung der sachlichen Bildungsmöglichkeiten, sie erstreben darüber hinaus, daß jedem Begabten, ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern, durch Stipendien, die auf Grund strenger Prüfungen in ernster Arbeit verdient werden müssen, die Möglichkeit zum Besuch der angemessensten Bildungs- und Ausbildungsstätten eröffnet wird. Die Nation kann heute weniger denn je auf Begabungen verzichten.

Die politische Geltung einer Nation hängt nicht nur von ihrem militärischen, ökonomischen Potential ab, sie hängt in höherem Maße davon ab, ob eine Nation durch ihr Verhalten und ihre Hervorbringungen glaubhaft machen kann, daß sie den Bestand der Welt an Gütern des Geistes zu bereichern vermag. Der durch das Dritte Reich verschuldete Niedergang von Wissenschaft, Bildung, Kunst, Literatur hat unser politisches Potential mehr gemindert als die Demontage einiger unserer Industrien. Was es heißt, in dieser immer mehr durch neue Funde der wissenschaftlichen Forschung bestimmten Welt um 15 Jahre zurückgeworfen zu sein, sollte uns erschrecken.

Soll das deutsche Volk in der Welt, auch in der politischen Welt, den Rang einnehmen können, der ihr seiner Fähigkeiten nach gebührt und den es seinen Notwendigkeiten nach einnehmen muß, dann werden wir in ganz anderer Maße als bisher die materiellen, rechtlichen, organisatorischen, bildungsmäßigen Voraussetzungen für die wirksame Mobilisierung unserer schon erschlossenen und noch unerschlossenen geistigen Vermögen schaffen müssen. Die SPD hat hierfür Vorschläge gemacht. Sie wird sie verwirklichen.

+ + +

- 3 -

In unserer Dienstag-Ausgabe veröffentlichen wir den Artikel
des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn

Auf dem Wege zum Volksentscheid über Algerien

Vom unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

De Gaulle trifft beschleunigte Vorbereitungen für den Volksentscheid, in dem die Franzosen schon am 8. oder 15. Januar mit "Ja" oder "Nein" das algerische Selbstbestimmungsrecht bestätigen oder ablehnen sollen.

Unwillkürlich fragt man sich: warum gerade jetzt? Das Selbstbestimmungsrecht Algeriens wurde von General de Gaulle am 16. September 1959 grundsätzlich anerkannt. Nach diesem Plan sollen die Algerier - nach Einstellung der Feindseligkeiten - über drei Möglichkeiten abstimmen: Französisierung, Sezession (Unabhängigkeit), Assoziation eines selbständigen algerischen Staatswesens mit Frankreich.

De Gaulle nahm zunächst für keine dieser drei Lösungen Stellung, entschied sich aber sehr bald für die "Assoziation". Bis jetzt blieb dies alles aber Zukunftsmusik. Die Ultras beantworteten de Gaulles Proklamation mit dem Januaraufstand 1960, über den gegenwärtig vor dem Pariser Militärgericht verhandelt wird. Der Krieg ging weiter. Die Weltgeschichte ist aber nicht stehen geblieben. Dreizehn afrikanischen Ländern wurde seither von Frankreich die Unabhängigkeit zugestanden.

"Algerische Republik"

Am 4. November sprach de Gaulle zum erstenmal das Wort "Algerische Republik" aus. Sein Informationsminister Terrencire sagte einige Tage später, in einer vom tunesischen Präsidenten Burgiba als "historisch" bezeichneten Erklärung, in Algerien gäbe es immer noch koloniale Zustände und de Gaulle werde auch hier, ebenso wie in übrigen Afrika, "die Entkolonisierung zum Abschluss bringen".

Es ist kein Zufall, dass diese Erklärungen wenige Tage vor Beginn der Algeriendebatte der Vereinten Nationen abgegeben werden. Aber auch die innenpolitische Lage zwingt die Regierung zum Handeln. Seit der letzten Rede de Gaulles hängt über Algerien und Frankreich wieder das Damoklesschwert eines neuen rechtsradikalen Aufstandes.

Diesmal wurden aber Vorkehrungen getroffen. Man scheint aus dem Maiputsch 1958 und aus dem Januaraufstand Lehrer gezogen zu haben. In Algier sind Polizeikräfte konzentriert, bekannte Rädelsführer wurden in Algier festgenommen und nach Frankreich gebracht.

Die Worte sollen diesmal in die Tat umgesetzt werden. Dazu braucht de Gaulle nicht nur die Zustimmung der Armees und des Volkes, sondern auch eine verfassungsmässige Grundlage. Algerien ist auf Grund der Verfassung der Fünften Republik - wie vorher auch der 3. und 4. Republik - französisches Territorium, ebenso wie die Bretagne, also offiziell kein Kolonialgebiet, Protektorat oder "Überseegebiet", wie früher Indochina, Tunesien, Marokko, West- oder Zentralafrika.

Darauf pochen die französischen Ultras, die sich als Verfassungsschützer und "gute Republikaner" aufspielen und de Gaulle des Verfassungsbruches und des Hochverrates zeihen.

Verfassungsrevision?

Selbstverständlich handelt es sich dabei für die Rechtsradikalen nur um einen billigen Vorwand, denn sonst ist ihnen an der republikanischen Legalität wenig gelegen. Wie dem auch sei, um Algerien den eventuellen Austritt aus dem französischen Staatsverband zu gewähren, selbst unter der Voraussetzung einer späteren Assoziation mit Frankreich, müsste die französische Verfassung geändert werden.

Dies kann auf parlamentarischem Wege geschehen oder durch einen Volksentscheid. Da die Nationalversammlung mehrheitlich aus rechtsbürgerlichen und gaullistischen Nationalisten zusammengesetzt ist, die einer "Verzichtspolitik" keinesfalls zustimmen wollen, muss de Gaulle den anderen Weg gehen und sich an das französische Volk wenden. Auch dies ist allerdings mit einem Risiko verbunden. Aus mehreren Gründen. Trotz mehreren Gründen. Trotz Kriegsmüdigkeit ist die Idee, dass Algerien ein Bestandteil Frankreichs sei, in weiten Kreisen verbreitet. Die Rechtsopposition krüpft an diese seit Generationen in den Schulen gelernte Vorstellung an. Viele Franzosen müssen hier erst unlernen.

Die Armée, zum Grossteil in Algerien stehend, muss für die neuen Ideen gewonnen werden. Daher die fieberhaft betriebenen Umbesetzungen im Verwaltungsapparat, die rapide Ablösung des Generaldelegierten Delcuvrier durch den bisherigen Präfekten von Toulouse, Jean Morin, und die Ernennung des Diplomaten Joxe zum neuen "Minister für algerische Angelegenheiten" in Paris (nicht zu verwechseln mit dem früheren "Algerienminister" Lacoste, der seinen Sitz in Algier hatte und eine Art Gouverneur war).

Zögern links

Andererseits kann de Gaulle nicht unbedingt mit der Unterstützung der Linken rechnen. Die SFIC und die Mittelparteien werden wohl mit Ja stimmen. Verschiedene Gewerkschaften zögern aber noch. Kommunisten und auch unabhängige Sozialisten sind der Meinung, dass der Volksentscheid überflüssig sei, Waffenstillstandsverhandlungen nicht ersetzen könne und ausserdem die Gefahr in sich birge, dem Staatschef neue Vollmachten zu gewähren, die sich dann auch auf anderen Gebieten auswirken könnten.

Entscheidende Wochen

Die endgültige Haltung der einzelnen Parteien wird sich erst im Laufe der nächsten Tage und Wochen kristallisieren. Die rechtsradikalen Auführer wissen jedenfalls, dass nach einem Volksentscheid, in dem sich die Mehrheit der französischen Nation für das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes ausspricht, das Rad der Geschichte nicht mehr aufzuhalten wäre. Daher die verzweifelten Bemühungen der Extremisten, de Gaulles Plan zum Scheitern zu bringen. Die nächsten Wochen sind für Frankreich von entscheidender Bedeutung.

+ + +

Schröder hat kein Glück

Frauen wehren sich gegen Dienstpflicht in Friedenszeiten

sp- Bundesinnenminister Schröder hat kein Glück mit seinem Gesetzesentwurf für einen Notdienst. Schon in der Ersten Lesung dieses Gesetzesentwurfes vor dem Bundestag haben Marta Schanzenbach (SPD) und Frau Dr. Lüders (FDP) heftigen Protest gegen die Ansicht des Ministers angemeldet, Frauen bereits in Friedenszeiten zwangsweise zu einem sogenannten Notdienst verpflichtet zu werden. Nur die CDU-Abgeordnete Frau Dr. Schwarzhaupt setzte sich nachdrücklich für die zwangsweise Notdienstverpflichtung auch der Frauen ein. - Inzwischen wurde bekannt, dass Schröder von den Frauenorganisationen der CDU Briefe erhalten hat, in denen nicht nur gegen Frau Dr. Schwarzhaupt, sondern auch gegen den Gesetzesentwurf Stellung genommen wird. Ausdruck der Unzufriedenheit der in der CDU organisierten Frauen ist u.a. auch ein Leserbrief der CDU-Abgeordneten Frau Brauksiepe in der "Welt am Sonntag". Die Frauenreferate der Gewerkschaftsorganisationen sind in der Zwischenzeit ebenfalls nicht untätig geblieben. So protestierte am vergangenen Sonntag in Kiel der Bundesausschuss der Frauengruppe der DAG gegen den Schröder'schen Gesetzesentwurf, wobei gegen den Minister noch der Vorwurf erhoben wurde, er habe den Entwurf vor das Parlament gebracht, ohne ihn vorher mit den Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbänden zu erörtern. - Wir wissen nicht, wie Bundesinnenminister Dr. Schröder auf diese Protestwelle zu reagieren gedenkt. Jedoch steht heute schon fest, dass dieser Mann wieder einmal völlig wesens- und weltfremd mit seiner Ministerialbürokratie eine Gesetzgebung zu beeinflussen versucht hat, die selbstverständlich auf Bedenken stossen musste. Hierbei ist es wichtig zu wissen, dass die Frauenorganisationen nicht im Prinzip die Einführung eines Notdienstes ablehnen, aber energisch verlangen, dass alle Massnahmen auf diesem Gebiet auf freiwilliger Grundlage erfolgen müssen.

* * *

Ungleiche Brüder

sp- Noch steht der Name des neuen politischen Gebildes nicht fest, das die bundesrepublikanische Arena bereichern wird, sofern die zwischen BHE und DP geführten Fusionsverhandlungen von Erfolg sein sollten. Gewiss ist es nicht Liebe auf den ersten Blick, die die beiden ungleichen Partner zusammenführt. Beide Parteien befinden sich in arger Bedrängnis; sie haben, jede für sich, keine Aussicht, einige so begehrte Bundestagsitze im bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu erringen, zusammen jedoch könnten sie es vielleicht schaffen. - Die Rechnung sieht so aus: Die DP hatte in ihrem Stammland Niedersachsen wenigstens drei Direktmandate gewinnen oder auf Bundesebene die Hürde der fünf Prozent überspringen können. Diese Rechnung weist viele Unbekannte auf. Die einstmalige 16 Mann starke Bundestagsfraktion der DP besteht nur noch aus einem Torso, und inwieweit durch diesen Zerfall die bisherigen DP-Wähler mitbetroffen wurden, vermag wohl niemand zu sagen. Die Masse der DP-Wähler in Niedersachsen besteht aus konservativ gesinnten Bauern, das Rückgrat des BHE bilden Vertriebene und Flüchtlinge. Wird die Übereinstimmung in gesamtdeutschen und nationalpolitischen Fragen, was immer man auch darunter verstehen mag, ein ausreichendes Fundament für die Tragfähigkeit des Zusammenschlusses beider Parteien sein? Wie die Dinge liegen, bleibt beiden Parteien kein anderer Weg als dieses Experiment, über dessen Gelingen viele Fragezeichen schweben.

* * *

Das zweite Hamburger Fernsehprogramm

(rh). Unmittelbar vor der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über die Klage Niedersachsens, Hessens und der Hansestädte Hamburg und Bremen gegen das geplante zweite Fernsehen der Bundesregierung und den Antrag auf eine einstweilige Verfügung dieser Bundesländer hat der Norddeutsche Rundfunk zu einer Pressekonferenz über das von dieser Rundfunkanstalt für den Januar geplante zweite Fernsehprogramm eingeladen. Der Brief des Bundespostministers über die "Beseitigung" der für dieses Programm geschaffenen oder noch im Bau befindlichen Sendeanlagen hat dieser Pressekonferenz eine solche Publizität verschafft, dass sie in Form einer Kammutveranstaltung gleichzeitig in Hamburg und Hannover abgehalten werden musste. Die Sitzungssäle beider Funkhäuser waren durch Sprechanlagen miteinander verbunden.

Die Ref rate über die Programmpläne zeigten, dass man im Funkhaus Hamburg ganze Arbeit geleistet hatte und ein Kontrastprogramm zu erarbeiten verstand, das diesen Namen wirklich verdient. Von dem neuen Programm, das ab 1. Januar täglich von 20 bis 22 Uhr gesendet werden soll, stehen zwei Wochen fest, sodass man sich bereits ein Bild davon machen kann, was die Fernsehteilnehmer, vorerst im Sendebereich von Hamburg und Bremen, als zweites Programm erwartet. Die einzelnen Wochentage werden bestimmten Programmen vorbehalten, sodass damit einem wichtigen Verlangen der Fernseher Rechnung getragen wird. Der Sonntag soll von einer Art "Magazinsendung" bestritten werden, indem er vor allem gute Unterhaltung bietet, die vom Sport zum Wochenende, einem Brennspiegel aus Kunst und Kultur und einem Kommentar der Woche nebst den neuesten Kurznachrichten ergänzt wird.

Von den einzelnen Tagen der Woche wird der Montag als "Tag des Films" besonderem Interesse begegnen. Man denkt dabei auch an viele der in Venedig preisgekrönten Filme aus aller Welt, insbesondere an Filme aus Japan, die in Venedig so viel Aufsehen erregten. Der Dienstag und Freitag sind den "Aktualitäten" vorbehalten. Am Dienstag will man in einem Vierwochen-Turnus Berichte aus New York, London, Paris und Berlin bringen und dabei in Berlin die Form der amerikanischen Presseschau (mit Fragen bekannter Journalisten) variieren. Der Freitag ist u.a.

dafür vorgesehen, aus den verschiedenen Regionalprogrammen wichtige Sendungen in einen grösseren Rahmen zu stellen. Der Mittwoch des 2. Programms bietet endlich die Möglichkeit zu Experimenten unter dem Motto "Nicht für jedermann". Die Unterhaltung am Samstag soll vom Fernsehspiel in Erstaufführungen bestritten werden.

Interessante Pläne werden auch mit der Tagesschau verwirklicht. Sie wird am Schluss des Programms stehen und täglich pünktlich von 21.45 bis 22 Uhr gesendet werden. Damit ist die Möglichkeit gegeben, dass sie noch die aktuellsten Tagesereignisse verarbeiten und wichtige Ergänzungen der - übrigens neu und verbessert hergestellten - Tagesschau des 1. Programms bringen kann. Bei den Fernsehspielen hat man sich die Mitarbeit anderer Rundfunkanstalten gesichert, später sollen die Theater des Sendebereichs (Norddeutschland und Berlin) besucht und Fernsehmöglichkeiten in Österreich und der Schweiz ausgeschöpft werden. Die Zusammenarbeit mit den übrigen deutschen Rundfunkanstalten war bisher ausgezeichnet, eine intensivere Zusammenarbeit ist mit dem hessischen Rundfunk geplant, der gleichfalls an einem zweiten Fernsehprogramm arbeitet. Die (rechtzeitig) für das zweite Programm erbauten oder unmittelbar vor dem Bauabschluss stehenden Sender sind so eingerichtet, dass sie drei Programme senden können. In der Pressekonferenz schätzten Fachleute die Mehrkosten für den Empfang eines zweiten Programms durch entsprechende Einbauten im Fernsehapparat und durch Verstärkung der Antenne bei zwei Programmen auf 200 und bei drei Programmen auf 300 DM.

Die Teilnehmer der Pressekonferenz waren von der Tatsache sichtlich überrascht, dass der Norddeutsche Rundfunk mit Hilfe des vorhandenen Mitarbeiterstabes - der jetzt entsprechend ergänzt werden muss - ein so abgewogenes zweites Fernsehprogramm in so kurzer Zeit fertigzustellen vermochte, ohne dass er die Öffentlichkeit wie die vom Bund gegründete Deutschland-Fernseh-GmbH durch halbstärke Reklame und "imponierende Zahlenspiele" ständig auf sich aufmerksam zu machen versuchte. Die Kosten des zweiten Programms können, wenn es bei der bisherigen Gebührenverteilung bleibt, vom Norddeutschen Rundfunk bestritten werden, zumal die Zahl der Fernsehteilnehmer ständig im Steigen begriffen ist. Zum letzten Konflikt zwischen dem Norddeutschen Rundfunk und dem Bundespostminister erklärte Intendant Dr. Hilpert, dass sich der Bundesminister auf eine gesetzliche Regelung aus dem Jahre 1928 beruft, während die Tätigkeit der NDR auf rechtlichen Vereinbarungen aus dem Jahre 1948 beruht. Im übrigen hänge die weitere Entwicklung von den Entscheidungen in Karlsruhe ab.

Verantwortlich: Günter Markscheffel